



Presseschau vom 21.09.2017

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondenT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

abends /nachts:

de.sputniknews.com: Manuela Schwesig: „Auf Volkes Stimme hören – Partnerbeziehungen zu Russland pflegen!“

Ein vertrauensvolles Miteinander, gegenseitiges Verständnis und der gemeinsame Austausch mit russischen Partnern ist für Manuela Schwesig, Ministerpräsidentin des Partnerlandes Mecklenburg-Vorpommern sehr wichtig, sagte sie im Verlauf ihres Besuches in St. Petersburg, der am Mittwoch zu Ende ging.

Russland sei seit vielen Jahren ein wichtiger Wirtschaftspartner für unser Bundesland, stark vertreten im Holzcluster in Wismar, betonte sie während der Eröffnung der Tage der Deutschen Wirtschaft im Leningrader Gebiet, der Region rund um die Stadt St. Petersburg. „Die Nord-Stream-Halblinie landet bei uns an, und wir haben weitere Pläne mit Nord Stream. Und im letzten Jahr hat das Unternehmen Kirow eine Produktionsstätte für Großwälzlager in Betrieb genommen. Sehr viele Unternehmen des Landes haben bereits gute Außenhandelsbeziehungen zu Russland.“

Und diese Beziehungen möchte Schwesig behalten, intensivieren und ausweiten, auch gerade in schwierigen Zeiten. „Der Konflikt um die Ukraine und die wechselseitige Reaktion unserer Länder stellen eine schwierige Belastung für die bisherige gute Partnerschaft zwischen Deutschland und Russland dar. Und deshalb ist es gerade wichtig, dass wir auf die regionalen Partnerschaften setzen, so, wie auch zwischen unseren beiden Außenministern vereinbart wurde.“

„Auch deswegen sind wir heute hier“

Vor wenigen Tagen habe die Ministerpräsidentin mit Bundesaußenminister Sigmar Gabriel ein Bürgerforum in Mecklenburg-Vorpommern besucht. „Auch unsere Beziehung zu Russland war dort ein großes Thema. Für die Menschen in unserem Land ist es wichtig, dass sich das Verhältnis zu Russland wieder entspannt. Und ich bin fest davon überzeugt, dass es nur in einem gemeinsamen Dialog geht, und auch deswegen sind wir heute hier in St. Petersburg. Viele Bürgerinnen und Bürger meines Landes haben mich in den letzten Tagen angesprochen und gesagt: ‚Ich finde das gut, dass Sie diese Partnerschaft weiter pflegen‘. Und es ist doch immer gut auf Volkes Stimme zu hören, wenn es um solche Dinge geht.“

Es sei für Manuela Schwesig klar, die politischen Gespräche zur Lösung der Krise müssten auf anderen Ebenen geführt werden. Sie ist sich aber sicher, dass gute Kontakte auf regionaler Ebene, verlässliche Kontakte, unterstrich sie, und Wirtschaftstreffen, wie diese in Petersburg, einen Beitrag dazu leisten könnten, dass der Gesprächsfaden zwischen unseren Ländern weiter bestehe.

Sie verwies darauf, dass die russischen Wirtschaftstage in Rostock inzwischen zur Tradition geworden sind. Auf die 15jährige Geschichte der Partnerbeziehungen zwischen Mecklenburg-Vorpommern und dem Leningrader Gebiet rückblickend, betonte Manuela Schwesig:

„Gemeinsam haben wir in diesen Jahren viele Projekte erfolgreich auf den Weg gebracht und umgesetzt, zum Beispiel die Fernverbindung zwischen Ust-Luga in Russland und dem Hafen Sassnitz, aber auch viele gemeinsame Projekte in der Kultur, Kontakte auf kommunaler Ebene zwischen Verbänden, Schulen und Hochschulen.“

Dynastische Ursprünge und Gegenwart

Während der Veranstaltung wurde auf die historischen und sogar dynastischen Ursprünge dieser Beziehungen hingewiesen. Das Haus Mecklenburg tut sich unter den übrigen deutschen Fürstenhäusern nicht nur durch seine slawische Abstammung, sondern auch durch die ziemlich häufigen Ehen mit Angehörigen des russischen Kaiserhauses hervor. Und der Gouverneur Drosdenko stellte mit Genugtuung fest, dass die Unternehmen mit deutscher Beteiligung im Leningrader Gebiet heutzutage gut 3.000 Personen beschäftigen.

Übrigens ist das Leningrader Gebiet die erste Region Russlands, die grüne Energie zu pflegen begann und die Gelegenheit fand, den erzeugten Strom dem einheitlichen Landesverbundnetz einzuspeisen. In der Anwesenheit der Repräsentanten der deutschen Kaufmannschaft betonte der Gouverneur besonders den Ausbau der Automobil- und Zulieferindustrie in seiner Region. „Ein Viertel des ganzen russischen Automobilmarktes entsteht hier, im Leningrader Gebiet.“

Während der Tage der Deutschen Wirtschaft haben russische und deutsche Unternehmer unter anderem die Möglichkeiten zur Erweiterung ihrer Zusammenarbeit im Bereich der Umwelttechnik, Anlagenbau, Abfallentsorgung, Bioenergie und Logistik, dazu noch der maritimen Wirtschaft und Häfen diskutiert.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/31751/34/317513431.jpg>

de.sputniknews.com: **Moskau will UN-Mandate „sorgfältig adjustieren“**

Die UN-Friedenstruppen dürfen Gewalt nur zum Selbstschutz anwenden. Die Zuteilung sogenannter robuster Mandate soll daher von der konkreten Situation abhängen, betonte Russlands Außenminister Sergej Lawrow am Mittwoch.

„Wir behandeln die Verstärkung der Mandate von Friedensmissionen mit großer Vorsicht. Die Blauhelme dürfen Gewalt nur zum Selbstschutz und zum Schutz des Mandats anwenden“, so der Minister während einer Sitzung zur Friedensstiftung im UN-Sicherheitsrat.

Er erinnerte an die UN-Operationen in der Demokratischen Republik Kongo und in Mali, als die UN-Friedenstruppen zusätzliche robuste Mandate bekommen hatten.

„Die Erfahrung hat uns bisher nicht davon überzeugt, dass vermehrte Opfer, die die Friedensstifter in Zwangsoperationen bringen, die erreichten Ergebnisse rechtfertigen“, fügte Lawrow hinzu.

Wenn die robusten Mandate diese Option beibehalten, dann sollen sie seiner Meinung nach „sehr sorgfältig für jede konkrete Situation adjustiert werden“....

Vormittags:

Lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden **dreimal** die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit. Beschossen wurden die Gebiete von **Slawjanoserbsk, Frunse und Kalinowka**. Geschossen wurde mit Schützenpanzerwaffen und Schusswaffen.

de.sputniknews.com: Deir ez-Zor in einer Woche ganz befreit - Russlands Verteidigungsministerium

Der größte Teil der syrischen Stadt Deir ez-Zor ist unter Kontrolle der syrischen Regierungstruppen. Das hat das russische Verteidigungsministerium am Donnerstag mitgeteilt. Es rechnet damit, dass die Stadt in den nächsten Tagen vollständig befreit wird.

Die syrischen Regierungstruppen haben in der Nacht zu Donnerstag ein Territorium von etwa 16 Quadratkilometern und zwei Orte am Westufer des Euphrates von den Terroristen des „Islamischen Staates“ (IS) befreit. Das erklärte am Donnerstag der Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums, Igor Konaschenkow.

Das sei im Rahmen der Offensive der syrischen Armee gelungen, so Konaschenkow. Er fügte hinzu, 85 Prozent von Deir ez-Zor seien jetzt unter Kontrolle der syrischen Regierungstruppen. In der nächsten Woche solle die Stadt völlig befreit werden, betonte der Sprecher.

Armiyadnr.su: In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Streitkräfte das Regime der Feueinstellung 34 Mal verletzt. Von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurden die Gebiete von 14 Ortschaften der Republik mit Mörsern, Schützenpanzerwagen und Schützenpanzern, Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.

de.sputniknews.com: „Klang eines bellenden Hundes“ – Nordkoreas Außenminister über Trumps Drohung

Der nordkoreanische Außenminister Ri Yong-ho hat die Rede des US-Präsidenten Donald Trump vor der UNO, in der er über Vernichtung Nordkoreas sprach, als „Klang eines bellenden Hundes“ bezeichnet. Dies meldet die südkoreanische Nachrichtenagentur „Yonhap News“ am Donnerstag.

„Der Außenminister Nordkoreas sagt, dass Trumps Bedrohung ein Klang eines bellenden Hundes ist“, meldet die Agentur via Twitter.

US-Präsident Trump hatte während seiner Rede bei der UN-Generalversammlung am Dienstag in New York gesagt, die USA würden gezwungen sein, Nordkorea zu vernichten, falls es Washington oder seine Verbündete bedrohen würde.

Lug-info.com: „Heute früh am Morgen, um 5:50 gab es einen Beschuss von Krasnyj Jar. Die ukrainischen Streitkräfte haben Mörser des Kalibers 82mm, Granatwerfern und Schusswaffen verwendet“, berichtete der offizielle Vertreter der Volksmiliz der LVR Oberstleutnant Andrej Marotschko.

„In der Folge des Beschusses ist ein Wohnhaus in der Samojlowaja-Straße vollständig abgebrannt, die Überreste werden derzeit gelöscht. Beschädigt wurden auch einige Häuser auf derselben Straße sowie auf der Mariupolskaja-Straße“, teilte der Oberstleutnant mit und fügte hinzu, dass es keine Verletzten gibt.

„Trotz der Verringerung der Zahl der Beschüsse von Seiten der ukrainischen Streitkräfte vernichten sie dennoch weiterhin zielgerichtet unser Volk der LVR“, stellte Marotschko fest.

de.sputniknews.com: **Ukrainische Grenzschilder lassen Hunde auf OSZE-Beobachter los**
Eine Patrouille der OSZE-Sonderbeobachtermission in der Ukraine ist nahe eines Grenzkontrollpunktes von Hunden angegriffen worden. Das geht aus einer Mitteilung hervor, die auf der Webseite der OSZE-Mission veröffentlicht wurde.

Den Angaben nach ereignete sich der Vorfall am Sonntag im südukrainischen Gebiet Cherson. Als die Vertreter der OSZE-Beobachtermission versuchten, sich dem Grenzkontrollpunkt zu nähern, hätten sich ihnen drei aggressive Hunde in den Weg gestellt und den Zugang zu dem Kontrollpunkt verhindert.

Die Beobachter baten den Kommandeur der Grenzschutzabteilung, die Hunde zurückzupfeifen. Dieser erfüllte zwar ihre Bitte, später ließ er jedoch die Hunde noch zweimal los, die dann die Beobachter aggressiv verfolgten. Schließlich konnte die Patrouille das Gebiet unbeschadet verlassen.

Entsprechend den Minsker Vereinbarungen dürfen die OSZE-Beobachter grenznahe Gebiete

frei betreten.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/31751/78/317517818.jpg>

ukrinform.ua: Poroschenko und Pence boykottieren Rede von Lawrow beim UN-Sicherheitsrat

Der ukrainische Staatspräsident Petro Poroschenko und der US-Vizepräsident Michael Pence haben die Rede des russischen Außenministers im UN-Sicherheitsrat ignoriert.

Wie die Internetseite ria.ru schreibt, haben Poroschenko und Pence die UN-Sicherheitsrat-Halle verlassen, als dort der Chef des russischen Außenministers Sergej Lawrow zu seiner Rede erscheinen sollte.

Petro Poroschenko und Michael Pence haben ihre Rede zuvor gehalten.

Früher wurde bekannt, dass Lawrow selbst den Auftritt des ukrainischen Präsidenten ignoriert hat, obwohl andere Vertreter der russischen Delegation geblieben waren.

Während seiner Rede im UN-Sicherheitsrat hat Petro Poroschenko weitere Beweise für die russische Aggression gegen die Ukraine und die russische Militärpräsenz im Donbass gezeigt.

de.sputniknews.com: Kritik aus Moskau an US-Vizepräsident Pence wegen Verhalten bei Lawrow-Rede

Als „klares Signal“ der US-Administration sieht der russische Sicherheitspolitiker Alexej Puschkow, dass US-Vizepräsident Mike Pence während des Auftritts des russischen Außenministers Sergej Lawrow vor dem UN-Sicherheitsrat am Mittwoch den Saal verließ. Das hat der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses der Duma via Twitter erklärt.

„Das demonstrative Weggehen von Pence während der Rede von Lawrow bei der UNO ist ein klares Signal davon, dass wir mit der US-Administration fast keine Berührungspunkte haben. Keine Illusionen“, schrieb Puschkow auf seinem Twitter-Account.

Neben Pence verließ auch der ukrainische Präsident Petro Poroschenko den Sitzungssaal vor der Rede des russischen Außenministers.

Am Mittwoch hatten russische Medien berichtet, dass die russische Delegation bei der 72. UN-Vollversammlung den Sitzungssaal vor der Rede der litauischen Präsidentin Dalia Grybauskaitė verlassen hatte.

Grybauskaitė hatte sich beim UN-Generalsekretär Antonio Guterres wegen der russisch-weißrussischen Militärübungen „Zapad 2017“ beschwert. Der Politikerin zufolge übe das Manöver einen realen Konflikt mit den Nato-Ländern.

Ukrinform.ua: EU verzeichnet Wirtschaftswachstum der Ukraine

Der Vizepräsident der Europäischen Kommission, Valdis Dombrovskis, hat nach dem Treffen mit dem Finanzminister der Ukraine, Oleksandr Danyljuk, am Mittwoch in Brüssel erklärt, dass man in der EU das Wachstum und die Verbesserung der Wirtschaft in der Ukraine, einschließlich des Standes der Staatsfinanzen, feststellt, berichtet der Ukrinform-Korrespondent aus Brüssel.

„Die Wirtschaft der Ukraine erholt sich. Dies ist der Beweis für die Politik, die die Regierung betreibt. Auch ist das dank der erheblichen finanziellen Hilfe passiert, die die internationalen Partner, einschließlich der Europäischen Union und des IWF, der Ukraine leisten“, sagte der Vizepräsident der Europäischen Kommission.

Er fügte auch hinzu, die Ukraine sei aus der Rezession herausgekommen. Die EU und die Ukraine werden die Zusammenarbeit im Finanzsektor und im Bereich der Wirtschaftsreformen ausweiten und fördern.

Valdis Dombrovskis erinnerte ferner daran, dass die Europäische Union letzte Woche die restriktiven Maßnahmen gegen Russland verlängert hatte, was ein Beweis für die Einheit in Europa und die unentwegte Unterstützung der Ukraine sei.

Dnr-news.com: Poroschenko: „Russland hat aggressiv seinen Markt für ukrainische Waren geschlossen“

Der Präsident der Ukraine Petr Poroschenko sagte, an die Teilnehmer des ukrainischen Finanzforums gewandt, dass das „Schlimmste in der ukrainischen Wirtschaft schon überstanden ist“ und beschuldigte Russland der „Aggression“.

„Nachdem wir einen schweren Schlag erlitten haben – wegen des Krieges, der aggressiven Schließung des bis vor kurzem größten Marktes durch Russland und sogar einer Blockade der Exporte in Drittländer, haben wir nicht nur überlebt, nicht nur den Bankrott abgewendet, sondern haben die Grundlage für eine nachhaltige Entwicklung gelegt“, sagte das Oberhaupt des ukrainischen Staates.

Laut dem Präsidenten ist es die Aufgabe der Ukraine, alle Bemühungen für die Fortsetzung der Reformen zu vereinigen.

„Der Staat soll die Wirtschaft schützen, soll sie frei agieren lassen, soll für den Schutz von Investitionen sorgen. Und die Wirtschaft ihrerseits soll die Gewinne steigern, ehrlich Steuern zahlen und neue Arbeitsplätze schaffen“, fügte Poroschenko hinzu.

Ukrinform.ua: Premier: Etwa 40 % exportiert die Ukraine in EU

Etwa 40 % des Exports der Ukraine entfallen auf die Länder der Europäischen Union (EU), sagte der ukrainische Ministerpräsident Wolodymyr Hrojsman bei einem Treffen mit einer Delegation des Europäischen Parlaments, berichtet ein Ukrinform-Korrespondent.

„Vor uns stehen neue Möglichkeiten für die Vertiefung unserer wirtschaftlichen Zusammenarbeit und die Statistik ist sehr gut: bis zu 40 % in der Exportstruktur der Ukraine macht der Export in die Europäische Union aus“, sagte der Regierungschef.

Er versicherte weiter, dass die Exportmöglichkeiten und die Exportvolumen der Ukraine immer weiter wachsen.

Ihm zufolge bedeutet dies, dass es zwischen der Ukraine und der EU „neue Horizonte“ für die Zusammenarbeit gibt, sowohl im wirtschaftlichen Bereich als auch bei der Heranziehung von Investitionen.

Dnr-online.ru: Bei Staatlichen Flugdienst der Ukraine ist von der Europäischen Agentur für Flugsicherheit (EASA) ein Entwurf für ein Bulletin eingegangen, mit dem Beschränkungen im Flugverkehr im östlichen Teil der Ukraine eingeführt werden. Die Flüge in dieser Zone

werden als gefährlich angesehen. Diese Situation kommentierte der Abgeordnete des Volkssowjets der DVR Wladislaw Berditschewskij-

„Dies hat das Unternehmen „New Systems AM“ mitgeteilt, das den internationalen Flughafen von Charkow betreibt. Die Entscheidung über eine Schließung des Luftraums über Charkow, Saporoshe und Dnjepropetrowsk wird im Fall, dass es dazu kommt, der Wirtschaft der Region erheblichen Schaden zufügen. Ein großer Teil der Industrie des östlichen Teils der Ukraine ist bereits vernichtet, weil sie auf die Zusammenarbeit mit der RF orientiert war. Einigen Unternehmen ist es gelungen, sich auf andere Märkte umzuorientieren, mit deren Vertretern sie sich regelmäßig treffen müssen. Flüge sind nicht nur bequem für Vertreter der Wirtschaft, sondern sparen auch Zeit bei notwendigen Angelegenheiten. Wer es nicht rechtzeitig schafft, der kommt zu spät. Über die beklagenswerte Situation, in der sich der Tourismusbereich befinden wird, braucht man nicht zu reden. Es scheint, dass jemand zielgerichtet die Wirtschaft der Region vernichtet.

Man kann auch andere Versionen dieses Ereignissen betrachten. Beispielsweise, dass es jemandem nützt, eine Art von Monopol auf Flüge einzurichten, um seine Einkünfte unter Nutzung der kontrollierten Flughäfen zu erhöhen.

Einer der Gründe kann auch sein, dass die Flughäfen von Charkow, Saporoshe und Dnjepropetrowsk ausschließlich zu militärischen Zwecken verwendet werden sollen. Die Amerikaner, die reguläre Flüge mit Hercules-Flugzeugen durchführen, wollen wahrscheinlich keine Unbequemlichkeit durch unbefugte Blicke von Charkowern erfahren. Umso mehr, als Charkow als eine Stadt gilt, in der (nach Meinung der ukrainischen Regierung) zu viele „Separatisten“ leben. Ich würde sagen, dass es davon sehr viele in den örtlichen Behörden gibt. Dies ist aus einem offiziellen Schreiben der Charkower Behörden an den ukrainischen Premierminister Grojsman ersichtlich. „Im Falle der Annahme dieses Dokuments wird der Flugverkehr zwischen Charkow und anderen Ländern eingestellt werden, auf diese Weise wird sich Charkow in einer Flugverkehrsisolierung befinden“, heißt es in dem Schreiben. Der Satz „zwischen Charkow und anderen Ländern“ scheint anzudeuten, dass Charkow ein eigenes Land ist.

Möglicherweise hat die Europäische Agentur für Flugsicherheit mit ihrem Schreiben beschlossen, sich selbst formal abzusichern. Denn einstmals hat die Ukraine wegen der Katastrophe mit der malaysischen Boeing ihre Schuld geleugnet, dass sie den Luftraum über dem Donbass nicht geschlossen hat und die Beschwerden an diese Agentur weitergeleitet. Angeblich wurden uns keinerlei Empfehlungen gegeben. Auf diese Weise wird man die Frage der Verantwortlichkeit los.

In jedem Fall, was auch die Ursachen hinter dieser Empfehlung sind, die Folgen ihrer Umsetzung werden sich verderblich auf die Einwohner des östlichen Teils der Ukraine auswirken, selbst wenn dies alles eine Formalität ist“, sagte Wladislaw Berditschewskij.

de.sputniknews.com: **Moskau: Blauhelm-Einsatz an ukrainisch-russischer Grenze sinnlos**
Laut dem russischen Vizeaußenminister Gennadi Gatilow hält Moskau die mögliche Stationierung der UN-Friedenstruppen an der russisch-ukrainischen Grenze für sinnlos.

„Sie (die Vertreter der Ukraine) wollen UN-Blauhelmsoldaten auf dem ganzen Territorium des Landes, unter anderem an der russisch-ukrainischen Grenze stationieren. Russland ist keine Partei in diesem Konflikt, deshalb hat die Stationierung der Friedenstruppen an der Grenze keinen Sinn“, zitiert ihn der Sender RT.

Laut Gatilow soll der russische Resolutionsentwurf zur Stationierung der UN-Friedensmission in der Ukraine nach dem Abschluss der Ministerwoche im Rahmen der 68. UN-Vollversammlung weiter behandelt werden.

„Unser Vorschlag ist auf dem Tisch, unsere Partner sagten, sie seien zu einer substantiellen Besprechung noch nicht bereit, zurzeit finde die Ministerwoche statt, alle seien sehr beschäftigt, und würden bereit sein, darauf nach dem Abschluss der Ministerwoche zurück zu

kommen".

Zuvor hatte der ukrainische Präsident Petro Poroschenko in seiner Rede vor der UNO-Vollversammlung betont, die Stationierung der UN-Blauhelmsoldaten an der russisch-ukrainischen Grenze sei eine unabdingbare Voraussetzung für die Friedensmission im Donbass.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/31752/04/317520446.jpg>

ukrinform.ua: Lawrow im UN-Sicherheitsrat: UN-Friedenstruppen im Donbass müssen OSZE-Mission schützen

Russland beharrt weiter darauf, dass sich die UN-Friedensmission im Osten der Ukraine lediglich auf den Schutz der Vertreter der Sonderbeobachtermission der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) beschränken soll.

Mit solcher Erklärung trat gestern der russische Außenminister Sergej Lawrow bei der Sitzung des UN-Sicherheitsrates auf, berichtet der Ukrinform-Korrespondent aus den USA. „Es gibt Perspektiven für die Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und der OSZE. Solche Möglichkeit sieht die russische Initiative zur Schaffung einer UN-Mission zum Schutz der OSZE-Sonderbeobachtermission im Süd-Osten der Ukraine vor, um zur strengen und umfassenden Umsetzung der Abkommen von Minsk beizutragen“, sagte der Leiter der Außenministeriums von Russland.

Dabei hat der russische Beamte die russische Aggression gegen die Ukraine und die Besetzung eines Teils des Donbass „ukrainische Innenkrise“ genannt.

Wie Ukrinform berichtete, ist der Präsident der Ukraine, Petro Poroschenko, bei den Vereinten Nationen mit dem Appell aufgetreten, im Donbass eine UN-Friedensmission zu stationieren. Die ukrainische Seite besteht darauf, dass die Friedenstruppen auf dem gesamten besetzten Territorium von Donbass bis an die ukrainisch-russische Grenze hin präsent sein müssen.

nachmittags:

de.sputniknews.com: Russen durch neuen Angriff in Syrien gefährdet – Moskau mahnt US-Kommando

Nach der angeblich durch die USA inspirierten Offensive der al-Nusra-Front in Idlib ist die syrische Regierungsarmee nun auch am Euphrat massiv angegriffen worden. Nach russischen Angaben sind die Angriffe von einem durch US-loyale Rebellen sowie durch US-Militär kontrollierten Gebiet aus erfolgt und gefährden auch russische Soldaten.

„Heftiges Feuer aus Mörsern und Raketenwerfern wurde zweimal auf die syrischen Truppen eröffnet – aus den Gebieten am östlichen Euphrat-Ufer, in denen sich Kämpfer der DMG („Demokratische Kräfte Syriens“ – Anm. d. Red.) und des US-Militärs aufhalten“, berichtete der Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums Igor Konaschenkow am Donnerstag. Er betonte, dass in der beschossenen Gegend sich auch russische Spezialkräfte befänden, die die syrischen Soldaten im Kampf gegen den Daesh (auch „Islamischer Staat“, IS) unterstützen würden.

Deshalb habe sich die russische Seite umgehend mit dem zuständigen Kommando der US-Streitkräfte in Verbindung gesetzt und Abwehrmaßnahmen in Aussicht gestellt.

„Einem Vertreter des US-Kommandos in Al-Udeid, Katar, wurde über einen speziellen Kommunikationskanal in harter Form mitgeteilt, dass weitere Angriffe aus dem Gebiet der DMG sofort unterbunden werden. Feuerstellungen werden mit allen verfügbaren Mitteln niedergehalten werden.“

Am Dienstag hatte die Terrormiliz al-Nusra-Front eine Offensive auf die syrischen Regierungstruppen in der Provinz Idlib begonnen und hatte in wenigen Stunden zwölf bis 20 Kilometer tief in das von der syrischen Armee kontrollierte Gebiet vordringen können. Dabei hatten die Terrorkämpfer eine Einheit der russischen Militärpolizei eingekreist. Die Blockade konnte erst Stunden später durchbrochen werden (VIDEO>>). Dabei wurden russische Soldaten verletzt.

„Vorliegenden Angaben zufolge wurde die Offensive von US-Geheimdiensten initiiert, um den erfolgreichen Vorstoß der syrischen Regierungstruppen östlich von Deir ez-Zor zu stoppen“, hatte der russische Generalstab am Mittwoch berichtet.

ukrinform.ua: Präsident bei UNO: Internationaler Gerichtshof soll helfen, Russland zur Rechenschaft zu ziehen

In diesem Jahr habe der Internationale Gerichtshof mit Anhörungen im Fall der Ukraine gegen Russland für die Verletzung des Internationalen Übereinkommens über die Bekämpfung der Finanzierung des Terrorismus begonnen, und die ukrainische Seite hoffe auf ein gerechtes Urteil, erklärte in seiner Rede während der Sitzung der UN-Generalversammlung der Präsident der Ukraine, Petro Poroschenko, berichtet der Ukrinform-Korrespondent aus den USA.

„Wir hoffen, dass die Gerichtsentscheidung der obersten Instanz der Vereinten Nationen helfen wird, die Russische Föderation für zahlreiche Verletzungen des Völkerrechts und die Finanzierung der seit 2014 begangenen Verbrechen zur Rechenschaft zu ziehen“, erklärte der ukrainische Staatschef.

Er äußerte auch die Hoffnung auf die Unterstützung und den Beistand in diesem Prozess von allen Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen.

Petro Poroschenko erinnerte auch an den anderen internationalen Prozess zur Untersuchung der Tragödie mit MH-17.

„Die Ukraine ist entschlossen, alles Mögliche für die Heranziehung aller Beteiligten am Massenmord zur Verantwortung zu tun. Es laufen zwei Untersuchungen, technische und strafrechtliche, und beide haben konkrete Details“, sagte der Präsident.

Rusvesna.su: Trump bestellte Poroschenko für eine Stunde ins Hotel

Heute ist ein glücklicher Tag für das Oberhaupt des ukrainischen Staates: der Präsident der USA Donald Trump bestellte ihn ins Hotel sogar für eine ganze Stunde.

Wie das Presse-Büro des Weißen Hauses mitteilte, ist das Treffen Trumps und Poroschenkos für 10:30 New Yorker Zeit (17:30 Moskauer Zeit) angesetzt. Das Rendezvous wird im Lotte New York Palace Hotel stattfinden...

Wir erinnern daran, dass das bisher einzige Treffen zwischen Poroschenko und Trump auch in den USA stattfand und etwa 6 Minuten dauerte.

de.sputniknews.com: UN-Mission in Ostukraine: Warum kommen Kiew und Moskau auf keinen grünen Zweig

Russland und die Ukraine haben bislang keine Einigung zum Thema der Entsendung einer UN-Friedensmission in das Donezbecken erzielt. Das hat sich nach der gestrigen Sitzung des Weltsicherheitsrats, der der UN-Reformierung auf diesem Gebiet gewidmet war, herausgestellt, schreibt die Zeitung "Kommersant" am Donnerstag.

Ursprünglich hätte die diesbezügliche Sitzung der Ukraine gar nicht gewidmet werden sollen: Die Initiative gehörte Äthiopien, das neben anderen Mitgliedern der Afrikanischen Union eine Verstärkung der UN-Friedensmissionen auf dem Schwarzen Kontinent (sprich deren bessere Finanzierung) verlangt.

Aber auf die Liste der Berichterstatter wurde plötzlich der ukrainische Präsident Petro Poroschenko gesetzt, der versuchte, die Teilnehmer auf eine ganz andere Region aufmerksam zu machen. Er erinnerte, dass die Ukraine selbst an vielen UN-Missionen teilgenommen habe, und betonte: „Jetzt brauchen wir selbst Hilfe.“

Zugleich erinnerte Poroschenko, dass er den Vorsitzenden des UN-Sicherheitsrats noch im Frühjahr 2015 aufgefordert habe, für die Entsendung eines Friedenskongingents in die Ukraine nötige Prozeduren einzuleiten. Nach seinen Worten „liegt der Weg zu einer effizienten Friedensstiftung und zur Regelung der Situation durch den Abzug des ganzen ausländischen Militärpersonals, aller Söldner sowie ihrer Waffen und Mittel aus der Ukraine“. Darüber hinaus sollte die russisch-ukrainische Grenze unter eine zuverlässige internationale Kontrolle genommen werden, ergänzte Poroschenko.

In den UN-Sicherheitsrat wurden zuletzt gleich zwei diesbezügliche Resolutionsentwürfe eingebracht – von Russland und der Ukraine. Am 5. September hatte der russische Präsident Wladimir Putin vorgeschlagen, die „Blauhelme“ in die Donbass-Region einzuführen, allerdings unter vier Bedingungen.

Erstens sollten sich die Friedenskräfte auf die Gewährleistung der Sicherheit der OSZE-Beobachtungsmission konzentrieren. Zweitens sollten sie sich an der Trennungslinie zwischen den Konfliktseiten und nicht auf dem Territorium der selbsternannten „Volksrepubliken“ Donezk und Lugansk aufhalten. Drittens wäre das alles „erst nach der Trennung der Konfliktseiten und dem Abzug der schweren Technik“ möglich. Und schließlich sollten die UN-Vertreter „direkte Kontakte“ mit den Vertretern Donezks und Lugansks knüpfen, betonte der Kremlchef. Nach einem Telefonat mit der deutschen Kanzlerin Angela Merkel ließ er allerdings zu, dass sich die Friedensstifter nicht nur an der Trennungslinie, sondern auch in den Orten aufhalten dürften, wo die OSZE-Mission stationiert ist.

Diesen Resolutionsentwurf legte die russische Delegation dem Weltsicherheitsrat vor. Eine der russischen Delegation nahestehende Quelle teilte mit, dass die ukrainische Seite ihren Entwurf erst später präsentierte. Ihr zufolge verlangt Kiew, dass in dem Dokument der Einsatz als „Nötigung zum Frieden“ oder als „Einsatz zur Friedenswiederherstellung“ bezeichnet wird. Dadurch würde „Russlands Rolle als Aggressor“ hervorgehoben.

„Diesen Gegenentwurf haben die Ukrainer erst nach unserer Initiative vorbereitet, und bis dahin hatten sie nur Populismus betrieben“, sagte der russische Insider.

Eine Quelle aus dem Umfeld des UN-Sekretariats bestätigte, dass die ukrainische Delegation zuvor keine solchen Dokumente in den Sicherheitsrat eingebracht hatte.

Der russische Außenminister Sergej Lawrow sprach in der Sitzung fast ausschließlich über die Situation in Afrika, und bezüglich der Ukraine sagte er lediglich, dass „das Zusammenwirken

der UNO und der OSZE gewisse Perspektiven hat“. „Eine solche Möglichkeit sieht die russische Initiative zur Gründung einer UN-Mission zum Schutz der OSZE-Beobachtungsmission im Südosten der Ukraine vor, um die Umsetzung der Minsker Vereinbarungen zur Regelung der innenukrainischen Krise zu fördern“, betonte er. Zugleich erinnerte der Chefdiplomat, dass diese Vereinbarungen bei der Abstimmung der entsprechenden UN-Resolution einstimmig befürwortet worden seien. „Und es ist unfein, ihre Umsetzung zu verweigern“, sagte Lawrow, indem er sich offenbar an seinen ukrainischen Amtskollegen wandte. Moskau wirft Kiew bekanntlich vor, den politischen Teil der Minsker Vereinbarungen, die unter anderem einen Sonderstatus der Volksrepubliken Donezk und Lugansk, die Amnestie der Teilnehmer der Gefechte im Osten des Landes und die Organisation von Kommunalwahlen vorsehen, zu sabotieren. Und erst dann wäre nach Auffassung der russischen Seite die Wiederherstellung der ukrainischen Kontrolle über die ganze russisch-ukrainische Grenze möglich.

de.sputniknews.com: **Russland als Angreifer? Moskau schließt Kompromisse bei UN-Resolution für Ukraine aus**

Der Sprecher des russischen Präsidenten, Dmitri Peskow, hat die Einstufung Russlands als Angreifer in dem von der Ukraine vorgeschlagenen UN-Resolutionsentwurf zur Friedensmission im Donbass entschieden zurückgewiesen und Kompromisse bei solchen Formulierungen ausgeschlossen.

Am Mittwoch hatte der ukrainische Präsident Petro Poroschenko die Vereinten Nationen dazu aufgerufen, möglichst schnell UN-Friedenstruppen im Donbass zu stationieren. Der Zeitschrift „Kommersant“ zufolge hatte die Ukraine ihren Resolutionsentwurf zur UN-Friedensmission im Donbass vorgelegt, der angeblich fordert, das Wort „Friedens erzwingung“ zu benutzen. Diese Wortwahl solle nach der Ansicht der ukrainischen Seite „die Rolle Russlands als ein Angreiferstaat“ bestätigen.

„Bei der Stellung, die Russland als einen „Angreifer“ einstuft, bleibt kaum Spielraum. Denn diese Stellung widerspricht durchaus den tatsächlichen Verhältnissen“, äußerte Peskow. Russland sei keine Konfliktpartei in der Ostukraine, es garantiere neben anderen Staaten die Umsetzung der grundlegenden Minsker Vereinbarungen, so Peskow.

Er verwies unter anderem darauf, dass Russland und Präsident Putin mehrmals den Willen an den Tag gelegt hätten, alles Mögliche zu tun und einen Kompromiss zu erreichen. Allerdings habe alles seine Grenzen, betonte er: „Alle Kompromisse sind nur bis zu einem bestimmten Maß vernünftig und annehmbar“.

Zuvor hatte Putin gesagt, er würde eine Friedensmission in der Ukraine nur in dem Falle unterstützen, wenn es um die Sicherheit der OSZE-Beobachter gehen würde. Die UN-Friedenstruppen sollten lediglich an der Trennungslinie stationiert sein, und nirgendwo anders im Lande. Dabei betonte Peskow, die Stellung Russlands in Bezug auf die UN-Friedensmission sei flexibel.

Kiew will ein weitgehendes Mandat für die UN-Friedenstruppen und verlangt, diese auf dem ganzen Territorium des Donbass, darunter auch an der Grenze zu Russland, zu stationieren.

[Ukrinform.ua: Moldau und Ukraine vereinbaren Erweiterung parlamentarischer Zusammenarbeit](#)

[Die Republik Moldau und die Ukraine haben die Erweiterung der Zusammenarbeit auf der parlamentarischen Ebene der beiden Länder vereinbart, teilte die Pressestelle des Parlaments der Republik Moldau nach dem Telefongespräch zwischen dem Präsidenten des Parlaments Moldaus, Andrian Candu, und dem Vorsitzenden des ukrainischen Parlaments \(Werchowyna Rada\), Andrij Parubij, berichtet der Korrespondent von Ukrinform in der Republik Moldau.](#)

„Andrian Candu hat mit seinem ukrainischen Amtskollegen Andrij Parubij den aktuellen Stand der bilateralen gesellschaftlich-politischen und wirtschaftlichen Beziehungen, die regionale Sicherheit und die Umsetzung von Projekten der europäischen Integration Moldaus und der Ukraine erörtert“, heißt es in der Meldung.

Die beiden Seiten haben die Umsetzung gemeinsamer Maßnahmen zur Stärkung und Ausweitung der Kooperation zwischen den Parlamenten beider Länder vereinbart.

de.sputniknews.com: Polens Ex-Premier über Neuschreibung der Geschichte und Russen-Hass als Staatsdoktrin

Der ehemalige polnische Ministerpräsident Leszek Miller hat in einem Interview für RIA Novosti die heutige Politik der polnischen Regierung in Bezug auf Russland und sowjetische Denkmäler in Polen scharf kritisiert.

Miller sagte im Interview, Russophobie sei zu einer Staatsdoktrin geworden, die die Regierung gegenwärtig umsetzte. „Das geht wahrscheinlich nicht ohne Einfluss auf das Bewusstsein der Polen, besonders der jungen Generation“, so Miller.

Polens Ex-Premier betonte, die Politiker in Polen konzentrierten sich heute auf Differenzen, Konflikte und Streitigkeiten, statt etwas Einigendes zu finden.

Er zweifelte auch daran, dass es einen Konsens in der polnischen Gesellschaft darüber gibt, ob die sowjetischen Denkmäler in Polen abgerissen werden sollen oder nicht. „Aber solche Vorfälle ereignen sich, und es gibt eine Tendenz zur Häufung. Aber ich werde nicht behaupten, dass die Mehrheit es gut findet. Immer, in jeder Gesellschaft gibt es Menschen, die solche Taten begehen können. In Polen lässt man Zorn durch Grabschändungen in Friedhöfen und die Zerstörung anderer Denkmäler aus und wir dürfen das nicht ignorieren“, so Miller.

Der polnische Präsident Andrzej Duda hatte im Juli Änderungen am Gesetz zum Verbot der „Kommunismus-Propaganda“ unterzeichnet. Demnach sollen in Polen etwa 500 Denkmäler, die den „Kommunismus rühmen“, abgerissen werden.

armiyadnr.su: Bericht des stellvertretenden Kommandeurs der Streitkräfte der DVR Eduard Basurin

In den letzten 24 Stunden wurden **34 Verletzungen des Regimes der Feueinstellung** von den Positionen der ukrainischen Streitkräfte aus festgestellt.

In Richtung Donezk hat der Gegner Mörser, Schützenpanzer- und Schützenpanzerwagenwaffen sowie verschiedene Arten von Granatwerfern und Schusswaffen verwendet. Auf die Gebiete von **zehn Ortschaften** wurden acht Mörsergeschosse des Kalibers 120mm und 32 Mörsergeschosse des Kalibers 82mm abgeschossen.

In Richtung Mariupol hat der Gegner zehn Mörsergeschosse des Kalibers 120mm auf **Sosnowskoje** abgeschossen, die Gebiete **Leninskoje, Kominternowo und Oktjabrj** wurden mit Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.

Unter den Bedingungen des Regimes der Feueinstellung stellen wir weiter eine Verstärkung der Truppengruppierungen in den Frontgebieten durch den Gegner fest.

Nach Angaben unserer Aufklärung wurde die Verlegung von zwei Panzerzügen aus der 59. Panzergrenadierbrigade aus Saryj Krym in Richtung Primorskoje festgestellt.

In der letzten Nacht wurde ein **zielgerichteter Beschuss der Positionen des 3. mechanisierten Bataillons der 72. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte im Gebiet von Awdejewka von den Positionen des „Rechten Sektors“** aus bemerkt, um diese zu provozieren, friedliche Wohngebiete unserer Republik zu beschießen. In der Folge des Beschusses starb ein Soldat der ukrainischen Streitkräfte, drei wurden verletzt. Die Einheiten der Brigade wurden in volle Gefechtsbereitschaft versetzt.

Es gibt keinerlei Zweifel daran, dass dieser Sachverhalt vom Kommando der ukrainischen Streitkräfte als eine weitere „Aggression“ von Seiten der Streitkräfte der DVR ausgegeben

werden wird.

Die Absichten der ukrainischen Führung, den militärischen Einrichtungen nicht unterstellte Banden von Nationalisten zu liquidieren, sind wie immer leere Versprechungen geblieben. Wir haben mehrfach die Aufmerksamkeit auf die Existenz von Kämpfern des „Rechten Sektors“ auf den vorderen Positionen des Gegners gelenkt, die darauf ausgerichtet sind, Pläne zur Destabilisierung der Lage im Donbass auszuführen. Von Einwohnern des von der Ukraine kontrollierten Territoriums wurde uns bekannt, dass es eine weitere Einheit der sogenannten ukrainischen Freiwilligenarmee „Ararat“ mit mechanisierten Züge, Mörsermannschaften und mehr als 300 Mann gibt. Trotz aller Verbote beschießen sie weiter das Territorium der Republik in Richtung Mariupol und berauben und terrorisieren auch die Bevölkerung.

de.sputniknews.com: **Kiew hofft auf US-Panzerfäuste** – Medien

Die Ukraine soll Panzerabwehrraketen von den USA bekommen. Die ukrainische Vize-Ministerpräsidentin im Bereich der europäischen Integration, Iwana Klimpusch-Zinzadse, hat in einem Interview mit „Der Welt“ geäußert, was sich das Land von den US-Waffenlieferungen erwartet.

Kiew stuft die Panzerabwehrraketen vom Typ Javelin als „letale Waffen defensiven Typs“ ein. Laut Klimpusch-Zinzadse sei die Ukraine „keine Nation, die angreift“, sondern „eine Nation, die sich verteidigt“.

Die Javelin-Raketen könnten ihr zufolge „Leben retten“. Die Politikerin führte ein Beispiel an: „Seit wir Radare mittlerer Reichweite bekommen haben, ist die Zahl der Toten durch Mörserbeschüsse von 47 auf 17 Prozent der Gesamtzahl der Opfer gesunken.“

Früher hatte Washington Kiew militärische Hilfe nur in Form von Uniformen, Ausrüstungen und Ausbildung von Soldaten erwiesen.

Wie der ukrainische Präsident Petro Poroschenko am Montag mitgeteilt hatte, hat der US-Senat angeblich 500 Millionen US-Dollar Militärhilfe für die Ukraine gebilligt. Poroschenko trifft sich am Donnerstag mit US-Präsident Donald Trump und soll unter anderem die Waffenlieferungen an die Ukraine sowie die UN-Mission im Donbass besprechen, wie seine Vertreterin in der Werchowna Rada, dem ukrainischen Parlament, Irina Luzenko, am Montag mitgeteilt hatte.

Inzwischen sieht das vom US-Senat gebilligte Verteidigungsbudget nur 150 Millionen Dollar für die Ukraine vor. Davon sollen aber bloß 75 Millionen Dollar sofort zugänglich werden, für die restliche Summe ist eine gesonderte Zustimmung des Senats erforderlich.

Russland hatte wiederholt vor den Waffenlieferungsplänen für die Ukraine gewarnt, da dieser Schritt aus seiner Sicht lediglich zu einer Eskalation des Konflikts im Donbass führen werde. Auch der Großteil europäischer Politiker hat sich gegen Waffenlieferungen an die Ukraine ausgesprochen.

de.sputniknews.com: **Kreml sieht USA hinter massiver Terror-Offensive in Nordwest-Syrien**
Der Kreml zweifelt nicht an der Darstellung des russischen Verteidigungsministeriums, laut der hinter der jüngsten Offensive der Terrormiliz al-Nusra-Front im Nordwesten Syriens die USA stecken.

Die al-Nusra-Front hatte am Dienstag die syrischen Regierungstruppen in der Provinz Idlib angegriffen und in wenigen Stunden zwölf bis 20 Kilometer tief in das von der syrischen Armee kontrollierte Gebiet vordringen können. „Vorliegenden Angaben zufolge wurde die Offensive von US-Geheimdiensten initiiert, um den erfolgreichen Vorstoß der syrischen Regierungstruppen östlich von Deir ez-Zor zu stoppen“, berichtete der russische Generalstab am Mittwoch.

Am Donnerstag baten Journalisten Dmitri Peskow, den Pressesprecher des russischen Präsidenten, um eine Stellungnahme. Der Kreml teile den Standpunkt des

Verteidigungsministeriums, sagte Peskow. „Es ist nicht nötig, zusätzlich zu kommentieren, was bereits vom Verteidigungsministerium gesagt wurde.“

Bei ihrer Offensive nahe Idlib hatten die Terrorkämpfer eine Einheit der russischen Militärpolizei einkreisen können. Die Blockade konnte erst Stunden später durchbrochen werden. Drei russische Soldaten erlitten dabei Verletzungen

de.sputniknews.com: Kiew verurteilt russische Fluglinie zu 380.000-Dollar-Strafe wegen Krim-Flügen

Das Handelsgericht von Kiew hat die russische Fluggesellschaft „Nordwind Airlines“ zu einer Zahlung von 380.000 US-Dollar für deren Flüge auf die Schwarzmeer-Halbinsel Krim verurteilt. Dies teilte am Donnerstag die Pressesprecherin des Generalstaatsanwaltes der Ukraine, Larissa Sargan, in ihrem Facebook-Account mit.

Die Klage hat demnach die ukrainische Staatsanwaltschaft der Autonomen Republik Krim eingereicht, die auch nach der Wiedervereinigung der Halbinsel mit Russland weiterhin tätig ist und zur ukrainischen Generalstaatsanwaltschaft gehört.

Laut Sargan hat die besagte Fluglinie nicht für die Nutzung des Flugraums über dem Schwarzen Meer innerhalb der Region Simferopol gezahlt.

Das Moskauer Schiedsgericht habe der Fluggesellschaft den Gerichtsbescheid übergeben, teilte Sargan ferner mit.

Zuvor hatten Medien berichtet, dass der staatliche Luftfahrtendienst der Ukraine gegen 40 russische Flugunternehmen über 20.000 Strafen in Höhe von 2,72 Milliarden Griwna (etwa 103 Millionen US-Dollar) für deren Flüge auf die Krim verhängt hat.

Lug-info.com: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR
Oberstleutnant Andrej Marotschko

Der leitende Psychiater des Verteidigungsministeriums der Ukraine, der Leiter der psychiatrischen Klinik des nationalen militärmedizinischen klinischen Zentrums Oberst Oleg Drus hat erklärt, dass 93% der Beteiligten an der militärischen Operation im Donbass eine potentielle Gefahr für die Gesellschaft seien und Behandlung benötigen. Nach dieser Aussage hat der Verteidigungsminister der Ukraine Stepan Poltorak ihn am 20. September seines Amtes entbunden „im Zusammenhang mit nicht zufriedenstellender Ausführung der dienstlichen Pflichten“ und eine dienstliche Ermittlung angesetzt.

Wir stellen weiterhin Fälle von niedrigem moralisch-psychischem Niveau des Personal in den Reihen der ukrainischen Streitkräfte in der „ATO“-Zone fest.

Wegen der zwangsweisen Einziehung von Soldaten, die die verbrecherischen Befehle der Kiewer Führung nicht erfüllen wollen, ist ein **Ausbruch von neurologisch-psychischen Erkrankungen** bei den Soldaten und Offizieren der ukrainischen Armee festzustellen. Soldaten, die unter Bedingungen geraten sind, wo man sie zwingt, völlig unschuldige Bürger zu töten, versuchen ihr Gewissen durch Alkohol und Drogen zum Schweigen zu bringen. In der Folge von langer und übermäßiger Einnahme hält der Organismus dies nicht mehr aus und die Soldaten werden aus gesundheitlichen Gründen in die Reserve versetzt.

de.sputniknews.com: Cousin des schwedischen Königs will Krim-Wein auf EU-Märkte bringen

Graf Jan Bernadotte, Cousin des schwedischen Königs Carl XVI. Gustaf, ist bereit, die Produktion des russischen Weinguts „Massandra“ auf die Märkte der Europäischen Union zu bringen. Wie er am Donnerstag bei seinem Besuch auf der Krim sagte, will er sich dabei nicht von den Sanktionen abhalten lassen.

Bernadotte hat den Winzer-Betrieb „Massandra“ in der Stadt Jalta auf der Schwarzmeer-Halbinsel Krim besucht.

„Ich sehe eine Perspektive und will ‚Massandra‘ helfen, sich auf dem europäischen Markt zu etablieren“, sagte er.

Bernadotte ist direkter Nachkomme der Romanow-Dynastie, dem russischen Adelsgeschlecht, aus dem die russischen Zaren hervorgingen. Es heißt, das Unternehmen wolle zusammen mit ihm den möglichen Produktionsstart des Weins unter dem Markennamen „Romanow-Massandra“ besprechen. Die westlichen Sanktionen gegen Russland würden ihn nicht abschrecken, betonte der Schwede.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/31752/68/317526824.jpg>

de.sputniknews.com: **Gefangenenaustausch: Kiew will rund 300 Menschen Donezk und Lugansk übergeben**

Kiew hat angekündigt, 313 Gefangenen gegen 88 Ukrainer tauschen zu wollen, die in den selbsterklärten Volksrepubliken Donezk und Lugansk festgenommen worden waren. Das hat die Nachrichtenagentur Ukrinform am Donnerstag unter Verweis auf die Vertreterin der Ukraine in der Minsker Kontaktgruppe, Irina Geraschtschenko, berichtet.

Geraschtschenko schlug vor, die Freilassung „umgehend“ durchzuführen. Die ukrainischen Behörden hätten aus einer von den selbsterklärten Volksrepubliken erstellten Liste, in der 144 Menschen aufgezählt würden, 88 Personen identifiziert und seien bereit, für deren Freilassung 313 Menschen zu übergeben, „wie das ukrainische Recht es auch ermöglicht“.

Vor einer Woche hatte die Volksrepublik Donezk Kiew 19 Menschen übergeben, die wegen verschiedener Straftaten zu Freiheitsstrafen verurteilt worden waren und ihre Strafen in den Gefängnissen der Ukraine abbüßen wollten.

Dnrsovet.su: Kommentar des Vorsitzenden des Volkssowjets der DVR, des ständigen bevollmächtigten Vertreter der DVR in der Kontaktgruppe bei den Verhandlungen in Minsk Denis Puschilin zum Auftritt Pjotr Poroschenkos im UN-Sicherheitsrat

Die Worte des ukrainischen Präsidenten über Opfer unter der friedlichen Bevölkerung, Verfolgungen auf sprachlicher und religiöser Grundlage, Verletzungen des ausgerufenen Waffenstillstand sind der Gipfel des Zynismus.

Pjotr Poroschenko, der eine Armee ausgeschiedt hat, um gegen das Volk zu kämpfen, und dessen Hände vom Blut unschuldiger Bürger rot gefärbt sind, der eine Amnestie für offene Verbrecher und wilde Nationalisten anstelle der Amnestie gemäß den Minsker Vereinbarungen unterzeichnet hat. Ein Präsident, der sich noch am Vortag einem UN-

Kontingent verweigert hat, das bei der politischen Lösung des Konflikts helfen soll, wurde plötzlich zum „Präsidenten des Friedens“. Jetzt besteht er auf der Stationierung von Friedenstruppen auf dem Territorium des Donbass zur Wiederherstellung von „Gerechtigkeit und Souveränität der Ukraine“, aber dem Wesen nach zur Säuberung des Territoriums der Republiken durch die Kräfte der „Blauhelme“.

Leider ruft die Position der ukrainischen Regierung weder Zweifel noch Verwunderung hervor. Aber kein Kontingent kann eine politische Regelung ersetzt und gerade deswegen setzen wir unsere Hoffnung auf die Weltgemeinschaft und unterstützen weiter eine friedliche Entwicklung der Ereignisse.

de.sputniknews.com: MH17-Katastrophe: Fünf Länder entschließen sich zur Aufklärung
Fünf Länder – die Teilnehmer der Gemeinsamen Arbeitsgruppe der Ermittlungen zum Abschuss der malaysischen Boeing über der Ostukraine 2014 – haben ein zwischenstaatliches Memorandum zur Verständigung unterzeichnet, teilt die niederländische Regierung auf ihrer offiziellen Webseite mit.

Der Gruppe gehören Australien, Belgien, Malaysia, die Niederlande und die Ukraine an. Im Dokument handelt es sich um die politische Unterstützung bezüglich der „strafrechtlichen Verfolgung von Personen, die des Abschusses der Maschine des Flugs MH17“ beschuldigt werden.

„Die Länder der Gruppe wollen Schuldige zur Verantwortung ziehen und das Abkommen zeugt direkt davon“, sagte der niederländische Außenminister Bert Koenders.

Im Juli hatten die Teilnehmer der Gruppe sich entschieden, dass die Anklage in den Niederlanden nach lokalem Recht erhoben werden soll, dennoch „mit einer aktiven Unterstützung seitens der internationalen Gemeinschaft“.

Laut dem Präsidenten der russischen Assoziation für internationales Recht, Anatolij Kapustin, werde das unterzeichnete Memorandum keine rechtlichen Folgen für dritte Staaten haben.

„Das ist ein Abkommen zur Koordination, eine Absichtserklärung, die auf einen gewissen Effekt in der Öffentlichkeit gerichtet ist, um zu zeigen, dass die Behörden nicht darauf vergessen haben, sondern daran arbeiten“, so Kapustin...

Ukrinform.ua: Fünf Länder unterzeichnen Memorandum über Untersuchung der MH17-Katastrophe

Die fünf Teilnehmerländer der Gemeinsamen Arbeitsgruppe zur Untersuchung der Tragödie mit dem Flug MH17 haben ein Memorandum unterzeichnet, das die Bildung eines Tribunals für die Bestrafung der Verantwortlichen für den Tod von 298 Passagieren fördern wird, berichtete der Ukrinform-Korrespondent mit der Bezugnahme auf die offizielle Webseite des Ministeriums für auswärtige Angelegenheiten und Handel Australiens.

„Wir haben noch einen Schritt in Richtung der Gerechtigkeit für diejenigen gemacht, die gestorben sind, als das Passagierflugzeug der Fluggesellschaft Malaysia Airlines MH17 am 17. Juli 2014 über der östlichen Ukraine zerstört wurde“, erklärte die australische Außenministerin Julie Bishop.

Die Absichtserklärung zur Unterstützung der strafrechtlichen Verfolgung der Täter bei der Zerstörung des Fluges MH17 haben die Außenminister von Australien, Belgien, Malaysia, der Niederlande und der Ukraine unterzeichnet, die sich in New York bei der Generalversammlung der Vereinten Nationen aufhalten.

Abends:

de.sputniknews.com: US-Botschaft lotst Russen zur Visabeantragung nach Kiew

Die US-Botschaft in Kiew hat den russischen Staatsbürgern vorgeschlagen, amerikanische Einreisevisa in der ukrainischen Hauptstadt zu beantragen. Eine entsprechende Mitteilung hat die diplomatische Vertretung der USA auf ihrer Webseite veröffentlicht.

Es wird darauf hingewiesen, dass diese Option „Personen nützen können, die normalerweise in Russland leben, aber ein Visum für die USA nicht rechtzeitig beantragen können“.

„Die Bewerber sind nicht verpflichtet, Staatsangehörige der Ukraine zu sein, um ein Visum in der US-Botschaft in Kiew zu beantragen, sie müssen aber bei der Beantragung und bis zum Erhalt des Visums in der Ukraine sein“, heißt es in der Mitteilung.

Die Antragsteller müssen darüber hinaus eine Adresse in der Ukraine angeben wie beispielsweise die eines Hotels oder von Verwandten, sowie die Visumsgebühr bei einer örtlichen Bank bezahlen. Den Reisepass mit dem Visum können sie zudem ausschließlich in der Ukraine erhalten.

Wie berichtet wurde, hatten die USA Mitte August die Ausstellung von Nicht-Immigrationsvisa in ganz Russland eingestellt. Ab dem 1. September wurde die Ausstellung wiederaufgenommen, allerdings nur in Moskau.

Außerdem hatten die USA die Bestimmungen der wiederholten Vergabe eines Einreisevisums verschärft.

Ukrinform.ua: Weltbank bewertet Wiederaufbau der Wirtschaft der Ukraine

Die Wirtschaft in der Ukraine habe sich stabilisiert und man beobachte wieder ein Wirtschaftswachstum. Dieses Wachstum sei jedoch gering, sagte im Zuge des Ukrainischen Finanzforums Satu Kahkonen, Direktorin der Weltbank für die Ukraine, Weißrussland und Moldau, berichtet ein Ukrinform-Korrespondent.

„In der Weltbank sind wir sehr beeindruckt davon, was die ukrainischen Behörden in den vergangenen drei Jahren geschafft haben. Das ist eine Reihe von Maßnahmen, die umgesetzt wurden und wodurch sich die Wirtschaft stabilisiert hat und das Wirtschaftswachstum zurückgekehrt ist, aber es ist sehr gering. Wir prognostizieren, dass es in diesem Jahr nur 2 Prozent betragen wird“, sagte Kahkonen.

Sie hat weiter angemerkt, dass die Weltbank die Ergebnisse der Ukraine im letzten Quartal für das BIP von 2,3 % gesehen hat, „es ist nicht schlecht, aber wir sehen keinen bedeutenden Ruck, d.h. es gibt keine Aufschwünge in der Ukraine, und deshalb machen wir uns Sorgen, wenn die Wirtschaft auf dieser Ebene weiter wachsen wird, dann wird das nicht ausreichen, um die Einkommenshöhe der Bevölkerung zu erhöhen, und sogar das Niveau zu erreichen, das vor der Krise in der Ukraine war“.

Satu Kahkonen stellte fest, es sei jetzt keine Zeit zu verlieren, darum benötige man also entschlossene Reformschritte.

de.sputniknews.com: **Ukrainischer Fernsehmast zu Russland übergelaufen**

Eigentlich sollte er ukrainische Hörfunk- und Fernsehprogramme in der russischen Krim ausstrahlen: Der neue Sendemast, den die Regierung in Kiew an der Grenze zu der Schwarzmeer-Halbinsel hat bauen lassen, hat seine Funktion plötzlich ins Gegenteil verkehrt: Jetzt strahlt er offenbar russische Programme in der Ukraine aus.

Der 150 Meter hohe Sendemast in Tschongar, Kreis Henitschesk, war im März im Beisein hoher Gäste aus Kiew feierlich eingeweiht worden. Aus der ukrainischen Regierung hieß es damals, dass die Relaisstation einen Senderadius von bis zu 130 Kilometern hätte und damit praktisch die gesamte Halbinsel abdecken würde.

In dieser Woche trat die Kreisverwaltung Henitschesk zu einer Besprechung zur „Informationssicherheit“ zusammen. Verwaltungschef Alexander Worobjew konstatierte, dass

der neue Mast nun fälschlicherweise russische Hörfunkprogramme in Richtung Ukraine ausstrahle.

Die lokale ukrainische Zeitung "Novy Vizit" veröffentlichte ein Video von der Besprechung, an der unter anderem der Beauftragte des ukrainischen Präsidenten, Boris Babin, teilgenommen hatte. Dieser klagte, dass auch er russisches Radio hören müsse.

„Was den Mast angeht, den wir in Tschongar gebaut haben, so habe ich in meinem Auto immer das Radio laufen, das ukrainische Radio. Aber in der letzten Zeit weiß ich plötzlich über die Wetterlage in Sankt Petersburg und über die Situation in Moskau Bescheid.“

Die Ukraine habe den Mast gebaut, der aber nun von den Russen genutzt werde, empörte sich der ukrainische Präsidentenbeauftragte. Er warf russischen Anbietern vor, Störsender zu benutzen bzw. auf denselben Frequenzen zu strahlen und somit die ukrainischen Programme zu überlagern.

Eine Stellungnahme von offizieller russischer Seite liegt bislang nicht vor. Nach Angaben der Zeitung „AiF“ liegt das Problem jedoch nicht an Störsendern, sondern schlichtweg an der Schwäche der ukrainischen Signale. So sollen Einwohner im Norden der Krim bereits im Sommer behauptet haben, dass ukrainische Radiosendungen nicht wie behauptet in einem Umkreis von 120 Kilometern, sondern in nur sieben Kilometern von der Grenze stabil empfangen würden...



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/31752/83/317528360.jpg>

de.sputniknews.com: Trump kündigt neue Finanzsanktionen gegen Nordkorea an
US-Präsident Donald Trump hat neue Finanzsanktionen gegen Nordkorea angekündigt. „Ich habe gerade einen entsprechenden Erlass unterzeichnet“, sagte der US-Staatschef am Donnerstag in New York bei einem Treffen mit dem japanischen Premier und dem südkoreanischen Präsidenten.

Der Erlass zielt auf kritisch wichtige Schifffahrts- und Handelsnetze der KDVR ab. „Zu lange (haben wir) geduldet, wie Nordkorea das globale Finanzsystem missbrauchte, um sein Atom- und Raketenprogramm zu finanzieren“, fuhr Trump fort.

„Andere Länder hatten ebenfalls nichts getan, was sie eigentlich hätten tun sollen... Ich statte jetzt das Finanzministerium (der USA) mit Vollmachten aus, Sanktionen gegen ein beliebiges ausländisches Geldhaus zu verhängen, das bewusst Geschäfte mit Nordkorea abwickelt oder den Handel mit der KDVR erleichtert.“

Trump zufolge werden ausländische Banken vor eine klare Wahl gestellt: entweder mit den

USA oder mit Nordkorea kooperieren. „Der Erlass macht gewaltige neue Instrumente wirksam. Aber sein Ziel ist nur ein Land – Nordkorea“, betonte der US-Präsident.